

lauter sprechen, als alle Verhandlungen, die wir heute pflegen mögen, und ich sollte glauben, daß, wenn die hohe Staatsregierung heute in diesem Saale erklärte, daß sie diese wichtige Angelegenheit in dem Sinne, wie von dem Herrn Referenten ausgesprochen worden ist, fortwährend im Auge behalten und der nächsten Ständeversammlung Mittheilung darüber machen werde, damit Alles erreicht sei, was wir für jetzt erreichen können, und daß in solchem Falle die Deputation ihren Antrag wohl selbst aufgeben könnte.

Referent Abg. Klinger: Ich kann allerdings in diesem Augenblicke nicht wissen, in welcher Weise die Mitglieder der Majorität sich aussprechen werden. Ich meinestheils bin mit dem, was der Abg. Georgi ausgesprochen hat, vollständig einverstanden. Auch ich erkenne die unbedingte Verpflichtung der Staatsregierung an, diesen Gegenstand im Auge zu behalten. Da aber in dem allerhöchsten Decrete eine Zusicherung darüber nicht ertheilt, ja sogar ausgesprochen war, daß nicht die Städte, sondern eher das Land als prägravirt zu betrachten, mithin daraus gefolgert werden mußte, daß die Regierung die Ausgleichungsfrage zwischen Stadt und Land als abgethan ansehe, dennoch aber die so oft gehörten Klagen über die neue Grundsteuer es erheischen, darüber, ob ein Theil gegen den andern eine wesentliche Prägravation erlitten habe, sich Aufklärung zu verschaffen, so schien es der Deputation wichtig und nothwendig, einen Antrag an die hohe Staatsregierung zu bringen, damit sie daraus die entgegengesetzte Ansicht der Ständeversammlung, daß die Ausgleichungsfrage noch nicht als erledigt anzusehen sei, erkennen möge. Würde von der Staatsregierung demnach durch einen ihrer Commissarien jetzt erklärt werden, daß sie die Prüfungen der Werthungsverhältnisse über das verschiedene Grundbesitzthum fortsetzen werde, so trete ich gern von dem Antrage zurück, den die Deputation gestellt hat, da der Zweck desselben eben nur darauf gerichtet war und durch eine Zusicherung der Regierung vollkommen erreicht wird.

Staatsminister v. Beschau: Die Regierung hat durch Vorlegung des Decretes, welches jetzt eben zur Verhandlung gekommen ist, ihre Ansicht dahin ausgesprochen, daß auf dem von der geehrten Ständeversammlung früher selbst angedeuteten Wege, nämlich der Vergleichung der Kaufwerthe, zu einem Resultate, welches auf eine Prägravation der Städte schließen lasse, nicht gelangt worden sei, und hat die Ansicht ausgesprochen, daß in Ermangelung irgend eines andern zweckmäßigeren Vergleichungsmaßstabes man sich zu der Ansicht hinneigen müsse, daß die Städte dem Lande gegenüber nicht prägravirt werden. Diese von dem Ministerio ausgesprochene Ansicht kann aber dasselbe nicht behindern, den Gegenstand fortwährend im Auge zu behalten, und ich glaube, daß die künftige Zeit den sichersten Maßstab für die fernere Beurtheilung dieser Frage herausstellen wird. Ueberzeugt bin ich, daß viele Meinungen und Ansichten, selbst derjenigen, die sich dazu hinneigen, daß eine Prägravation der Städte stattfinden werde, im Laufe der Zeit sich berichtigen wer-

den, ja es werden wahrscheinlich die über solche Grundstücke abzuschließenden Käufe, die entfernt von allen Nebenstipulationen sind, den Einzelnen in vielen Fällen darüber klar machen, daß eine Verletzung des städtischen Eigenthums nicht stattfindet. Sollte es aber der Regierung gelingen, noch einen andern Vergleichungsmaßstab zu finden, als denjenigen, der uns jetzt vorliegt, so ist es unzweifelhaft Pflicht der Regierung, deshalb die erforderlichen Erörterungen anzustellen und der nächsten Ständeversammlung Mittheilung darüber zu machen. Das jetzt aufgestellte und anzuwendende System ist uns Allen in seinen Erfolgen neu, die Erfahrung wird die beste Lehrmeisterin abgeben, und jeden vorzeitigen Beschluß würde ich für bedenklich und möglicherweise prägravirend für den einen oder den andern Theil halten.

Präsident D. Haase: Ich wende mich an die übrigen Mitglieder der Deputation und frage, ob sie der Erklärung des Herrn Referenten beitreten und nach der Erklärung des Herrn Staatsministers den Antrag aufgeben wollen?

Vizepräsident Eisenstuck: Im Wesentlichen bestätigt die Erklärung der hohen Staatsregierung das, was beantragt worden ist. Die Deputation hat sich aussprechen müssen, sie hat sich ausgesprochen; die hohe Staatsregierung hat sich ebenfalls ausgesprochen und zwar dahin, daß sie bisher eine Unbilligkeit in dem Verfahren nicht erkenne, sie hat aber auch zugleich erklärt, daß sie den Gegenstand fortwährend im Auge behalte, und ich bin also auch der Ansicht, daß man Beruhigung fassen könne.

Abg. Todt: Ich bin ganz einverstanden damit, daß der Antrag aufgegeben wird, nachdem der Herr Staatsminister erklärt hat, daß das, was die Deputation gewünscht hat, geschehen werde. Ich bin um so mehr damit einverstanden, als dadurch eine Discussion vermieden wird, die mir gerade nicht sehr angenehm ist.

Abg. D. v. Mayer: Ich habe ohnehin der Minorität angehört und kann daher dem Antrage der Majorität nur beipflichten.

Präsident D. Haase: Der Abg. Dehmichen gehört der Minorität der Deputation an und wird sonach gegen das Aufgeben des Antrags Nichts einzuwenden haben.

Secretair D. Schröder: Ich bin damit auch einverstanden, daß unter den bewandten Umständen der Antrag auf sich beruhe. Die Discussion hat gezeigt, daß sie, wie bisher, auch weiter nicht erquicklich fortgeführt werden könnte.

Präsident D. Haase: Meine Herren! Ich halte dafür, daß eine Discussion über diesen Theil des Berichts, der vorgetragen worden ist, nicht mehr an der Zeit sei; denn wir können dadurch doch zu einem andern Resultate, als bereits vorliegt, nicht gelangen, und es wäre Schade um die Zeit, wenn wir Reden und Discussionen anhören müßten, die zu Nichts führen, nur